Deutsche Allgemeine Zeitung

Norddeutsche Allgemeine Zeitung

Das Blatt erscheint täglich zweimal, Sonntags als Morgenausgabe. Der Bezugspreis ist vierteljährlich Mark 12.—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen.

Berlin SW 48, Wilhelmstraße 32
Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 73 III
Fernsprecher:
Schriftleitung: Zentrum 614, 964, 965, 1580, 1582, 1583. Für Nachtgespräche 1580
Geschäftsstelle: Lützow 1902, 3248, 3394.

Preis für die Anzeigenzeile Mk. 1,— zuzügl. 20% Teuerungszuschlag; für die Reklamezeile Mk. 4,— zuzügl. 20% Teuerungszuschlag. Familienanzeigen und Stellengesuche 60 Pfg. für die Zeile zuzügl. 20% Teuerungszuschlag.

Nummer 187. — Donnerstag, 17. April 1919. Abend-Ausgabe. — 58. Jahrgang.

Graf Brockdorff-Rantzau über die Saarfrage.

Der Spezialkorrespondent der „New York Sun", Herr Karl H. Wiegand, hat dem W. T. B. den nachfolgenden Bericht über eine Unterredung zur Verfügung gestellt, welche er am 15. d. Mts. mit dem Reichsminister des Aeußern gehabt hat. Hiernach erklärte Graf **Brockdorff-Rantzau** auf die Frage, welche Stellung die deutsche Regierung gegenüber der offenbar halbamtlichen Erklärung der Havas-Agentur über die Regelung der Saarfrage und die militärische Besetzung der Rheinlande einnehme:

„Ich kann vor allem nicht glauben, daß der Bericht mehr als ein Versuchsballon ist, um festzustellen, welche Zumutungen die öffentliche Meinung in Deutschland ertragen könne. Der angebliche Inhalt der Bestimmungen steht zu sehr in Widerspruch mit den Grundsätzen, die Präsident Wilson als Unterlagen für den Friedensschluß verkündet hat, und die von beiden Kriegsparteien im November 1918 angenommen worden sind."

Auf den Einwand des Berichterstatters, in der Havas-Note würde aber gerade hervorgehoben, daß die dort vorgeschlagene Neuregelung der Saarfrage den Grundsätzen des Völkerbundes entspreche, war die Antwort:

„Das ist eben eine sehr kühne Behauptung. Wenn Frankreich das dauernde Eigentum an den Kohlenbergwerken der Saar erhält, wenn französische Gesetze dort maßgebend sein sollen, wenn die Einwohner keine Abgeordneten in das deutsche Parlament entsenden dürfen, wenn Frankreich die Polizeirechte ausübt, und wenn dieser Zustand 15 Jahre andauert, bevor die Einwohner über ihre künftige Nationalität abstimmen dürfen, so ist das nichts als eine schlecht verhüllte Annexion. Gewalt würde der ganzen Bevölkerung angetan, weil ein fremder Staat die Schätze ihres Bodens besitzen will."

Der Berichterstatter fragte weiter: „Nach der Mitteilung der Havasagentur soll aber doch die Staatshoheit dem Völkerbunde zustehen?" Graf Rantzau antwortete:

„Was bleibt von der Staatshoheit für den Völkerbund übrig? Das ist nichts weiter als eine Verbeugung vor der Idee des Völkerbunds, einer Idee, die man durch diese Tat aufs schwerste verletzen würde. Es ist ausgeschlossen, daß die gut deutsche Bevölkerung der Saar sich freiwillig einer solchen Staatshoheit unterwerfen würde."

„Glauben Sie nicht", fragte Herr Wiegand, „daß Deutschland trotzdem dem Vorschlag zustimmen sollte, um Frankreich für die zerstörten Kohlenbergwerke seiner Nordprovinzen zu entschädigen?" Graf Rantzau entgegnete außerordentlich bestimmt:

„Ich werde einen Friedensvertrag, der diese Bestimmungen enthält, niemals unterzeichnen, und ich weiß, daß ich damit nur die Auffassung der ganzen gegenwärtigen Regierung vertrete. Ich bin aber auch überzeugt, daß selbst, wenn die Delegierten zur Unterschrift geneigt wären, die Deutsche Nationalversammlung den Friedensvertrag ablehnen würde. Selbstverständlich hat Frankreich einen Anspruch auf Schadenersatz für seine zerstörten Bergwerke. Deutschland ist bereit und fähig, diesen Schadenersatz zu leisten. Wenn an Stelle von Machtpolitikern erfahrene Geschäftsleute diese Frage zu regeln hätten, so würden sie einen Weg finden, der Frankreich sicherer zu einem hinreichenden Ersatz verhelfen und dabei zu einer Annäherung statt zu einer dauernden Entfremdung der beiden Völker führen würde. Wir sind bereit, den französischen Friedensdelegierten entsprechende Vorschläge zu machen, und wir hoffen, daß sich bei den Verhandlungen das Mißtrauen zerstreuen läßt, das der Entente bisher ihre unzweckmäßigen und, vom Standpunkt einer höheren politischen Warte aus, nicht zu rechtfertigenden Zumutungen eingegeben hat. Der Weltkrieg sollte uns doch durch die Erfahrung von der Solidarität des Leidens, die er uns gebracht hat, über die Solidarität unserer wahren Interessen aufgeklärt haben."

Auf die letzte Frage: „Nimmt die Deutsche Regierung wegen des linken Rheinufers die gleiche Stellung ein wie wegen der Saar?" lautete die Antwort:

„Eine Entwaffnung Deutschlands an seiner Rheingrenze würde erträglich sein, wenn sie auf Gegenseitigkeit beruhte. Unerträglich ist aber ein einseitiges dauerndes Besatzungsrecht Frankreichs hinsichtlich der Brückenköpfe und Eisenbahnknotenpunkte der Rheinlande. Der Gedanke, finanzielle Verpflichtungen ließen sich nur durch territoriale Okkupationen sichern, ist veraltet und mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht vereinbar. Im übrigen sind die auf die Besetzung bezüglichen Angaben des Berichtes der Agence Havas nicht klar genug, um ein abschließendes Urteil zu ermöglichen. Die Deutsche Regierung hält jedenfalls an der Notwendigkeit fest, daß mit Abschluß des Friedens der Grund für die Besetzung deutschen Gebietes durch feindliche Truppen wegfiele."

* * *

A. **Zürich**, 17. April.

Es ist bezeichnend, daß die vom Friedensausschuß beschlossene Regelung der Saarbeckenfrage in der französischen Presse eigentlich auf keiner Seite befriedigt. Die Chauvinisten sind entrüstet, daß das Saarbecken nicht ohne weiteres Frankreich einverleibt werden soll, und sprechen, wie das heute z. B. die reaktionäre „Action Française" tut, von einem Danaergeschenk, das Frankreich mit dem Recht der Ausbeutung des Saarbeckens gemacht worden ist.

Die Lösung der Saarbeckenfrage, so wie sie die Alliiertenkonferenz vorgeschlagen habe ist nach der „Humanite" der helle Wahnsinn, dessen Folge nur fortwährende Konflikte sein könnten. Jedenfalls würden die sozialistischen Abgeordneten im französischen Parlament einen Frieden, der nur einen Kompromiß zwischen dem französischen Nationalismus und dem Wilsonschen Pazifismus darstelle, niemals ratifizieren. Auch das „Journal de Peuple" befürchtet, daß man in Paris nur die Keime zu neuen verhängnisvollen Konflikten lege, und daß sich in naher Zukunft Deutschland und Rußland finden werden, um sich gegen Frankreich zu wenden.

München vor der Befreiung.

Die Regierungstruppen im Anmarsch.

Eigene Drahtmeldung.

G. **Nürnberg**, 17. April.

Die Truppen der Regierung Hoffmann stehen in großer Zahl bei Dachau. Ihnen gegenüber befinden sich ungefähr 500 Soldaten und 10000 bewaffnete Arbeiter, deren Haltung sehr unsicher ist. Es hat den Anschein, als ob sie sich im Falle eines Erfolges der Regierungstruppen ohne weiteres ergeben würden. Die Räterepublik wird gezeichnet von der kommunistischen Partei. Für heute früh, 9 Uhr, ist eine Oeffnung sämtlicher Depots angeordnet, um das Bargeld, woran großer Mangel herrscht, zu entnehmen, wofür an die Besitzer Gutscheine gegeben werden. Falls sich die Eigentümer nicht melden, werden die Depots zwangsweise geöffnet. Die Rote Garde soll auf 12000 Mann angewachsen und Herrin der Stadt sein. Das Bahnhofsgebäude ist mit Maschinengewehren und Geschützen besetzt. Das Innere ist vollständig ausgeplündert. Nach den letzten Feststellungen gab es bei den Kämpfen 60 Tote und 70 Schwerverletzte. Das Proletariat wird weiter bewaffnet.

Nürnberg, 16. April. Die Achtuhr-Abendausgabe der „Bayerischen Volkszeitung" meldet aus Bamberg: Gegen München sind jetzt alle verfügbaren Truppen, besonders aus Regensburg und Ingolstadt, in Bewegung gesetzt, nachdem ein Handstreich wegen zu geringer Kräfte mißlungen war. Der Angriff soll von Dachau aus beginnen und von einem bekannten bayerischen General geleitet werden. Sämtliche modernen Kampfmittel stehen den Truppen zur Verfügung. Wie wir von gutunterrichteter Seite erfahren, sind bereits preußische Truppen zum Anmarsch nach Bamberg bereit. Die Rote Garde hat bei Allach die Schienen auf der Strecke Ingolstadt—München aufgerissen.

Stuttgart, 16. April. Wie verlautet, ist die bayerische Regierung an die Reichsregierung mit der Bitte um militärische Hilfeleistung auch aus Württemberg zur Herstellung der Ordnung und Sicherheit und der Beseitigung der anarchistischen Gefahr in Südbayern herangetreten. Die Reichsregierung soll diese Bitte auch Württemberg sofort übermittelt haben. Die Entschließungen der Staatsregierung sind noch nicht bekannt.

Augsburg, 16. April. Der Bahn-, Post- und Fernsprechverkehr nach München ist heute wieder unterbrochen. Jeder Versuch, nach München zu gelangen, ist mit Lebensgefahr verbunden, da die dortigen Machthaber niemand aus der Stadt heraus- und hineinlassen. Die Züge nach dem Norden verkehren nur zwischen Lichtenfels und Augsburg. In der gestrigen Vollsitzung des Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrats berichtete die nach Bamberg entsandte Delegation über die Verhandlungen mit dem Ministerium Hoffmann. Der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat stellte sich nach sachlicher Aussprache auf den Boden der dort getroffenen Vereinbarungen. Der Antrag der Unabhängigen, daß der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat Augsburg sofort mit den Münchener Volksbeauftragten und der Bamberger Regierung in Verbindung treten soll um eine Einigung dieser beiden Stellen herbeizuführen und dadurch den Brudermord zu verhüten, fand einstimmige Annahme.

Die Berufung der deutschen Delegierten.

Paris, 17. April. (Havas.) **Der Vorsitzende der Waffenstillstandskommission in Spaa, General Nudant, wird heute von der französischen Regierung Instruktionen für die Berufung der deutschen Delegierten empfangen.**

Die Schweiz erkennt die deutsche Regierung an.

R. **Basel**, 17. April. (Eigene Drahtmeldung.) Der Schweizerische Bundesrat hat beschlossen, die gegenwärtige deutsche Regierung offiziell anzuerkennen. Die Anerkennung erfolgt im Hinblick auf die Tatsache, daß die derzeitige Reichsregierung sich auf eine Volksvertretung stützt, die aus dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht hervorgegangen ist. Anlaß zur offiziellen Anerkennung gab das Gesuch des faktisch als diplomatischer Vertreter Deutschlands amtierenden Herr Dr. Müller, der um die Zustimmung einkam, sein Beglaubigungsschreiben offiziell überreichen zu dürfen.

Die nationalistische Bewegung in Italien.

Rom, 16. April. (Stefani.) Die im Monte Citorio versammelten Senatoren und Deputierten einigten sich auf folgende Erklärung, die Orlando telegraphisch übermittelt wurde:

Die unterzeichneten Senatoren und Deputierten im Monte Citorio bekennen, daß das italienische Volk mehr denn je hinter seinem Vertreter steht. Sie betonen, daß keine Regierung und kein Parlament einen Frieden annehmen kann, der die Gefühle und Interessen des italienischen Volkes verletzt, indem ihm das Recht auf wirtschaftliche und finanzielle Entschädigungen abgesprochen und die Sicherheit der Grenzen nicht gewährleistet wird.

Diese Erklärung wurde von mehr als 100 Senatoren und von 200 Deputierten unterzeichnet.

Der Völkerbund und die Neutralen.

Bern, 17. April. Das politische Departement teilt mit: Sobald der neue endgültige Wortlaut des Völkerbundvertrages bekannt ist und soweit völlige Aufklärung der Frage, betreffend die Stellung der Schweiz im Völkerbunde, stattgefunden hat, wird der Bundesrat dem eidgenössischen Rat einen Vorschlag über den Beitritt der Schweiz zum Völkerbund unterbreiten. Der Bundesrat stellt sich jetzt schon auf den Standpunkt, daß diese Frage infolge ihrer besonderen Wichtigkeit von einer Volksabstimmung und einer Abstimmung der Stände abhängig gemacht werden möge, gleichgültig, ob die Verfassung dem Bundesrat gestatten würde, den Vertrag endgültig anzunehmen.

London, 16. April. (Reuter.) Lord Robert Cecil sprach im Unterhause die Ueberzeugung aus, daß die Mehrheit der Neutralen, die den jüngsten Konferenzen beigewohnt hätten, innerhalb sehr kurzer Zeit Mitglieder des Völkerbundes sein würden. Er sagte, die Blockade müsse möglichst bald aufgehoben werden.

Das Landesjägerkorps in Braunschweig.

K. **Braunschweig, 17. April (Eigene Drahtmeldung.) Das Landesjägerkorps ist, von Helmstedt kommend, soeben unter dem Jubel der Bevölkerung in Braunschweig eingezogen. Es ist bisher alles ruhig verlaufen. Zu Zusammenstößen ist es nicht gekommen. Es ist auch nicht anzunehmen, daß es zu ernsteren Zwischenfällen kommen wird.**

Wilsons Schwenkung.

Eigene Drahtmeldung.

A. **Zürich, 17. April.**

Schritt für Schritt weicht Wilson vor seinen amerikanischen und europäischen Gegnern in der Friedensfrage zurück. Seinen dem amerikanischen Nationalismus gemachten Zugeständnissen bei der Ausgestaltung des Völkerbundes schließt sich nunmehr sein Nachgeben zugunsten Frankreichs in der Saargebietsfrage an, sowie eine Aenderung in seiner Stellung gegenüber den Kriegsverantwortlichen. Die amerikanische Delegation in Paris hatte sich dem besonderen von Belgien und Frankreich erhobenen Verlangen auf Vorladung des deutschen Exkaisers und der militärischen und politischen Führer Deutschlands, soweit sie der Schuld am Kriegsausbruch und der völkerrechtswidrigen Führung des Krieges bezichtigt wurden, lange Zeit widersetzt. In den jüngsten Tagen hat aber Wilson eine Schwenkung vorgenommen und dem Bericht des Ausschusses, der mit der Feststellung der Kriegsverantwortlichkeit beauftragt war, seine Zustimmung erteilt.

Die Pariser Ausgabe der „Chicago Tribune" erklärt diese Haltung des Präsidenten aus der Tatsache, daß England und Frankreich auf die Ersetzung ihrer staatlichen Kriegsschäden hätten verzichten müssen und daß die Regierungen dieser Länder ihren Völkern wenigstens eine moralische Genugtuung schuldeten, nachdem von einer materiellen Entschädigung abgesehen worden sei. Die gerichtlichen Sachverständigen sind sich noch nicht darüber einig, ob der Völkerbund als die für die Bildung eines Gerichtshofes zuständige Behörde zu betrachten sei. Eine weitere Schwierigkeit besteht in der Abgrenzung der Verantwortung der einzelnen angeklagten Persönlichkeiten. Doch sind immerhin die den militärischen Führern Deutschlands in den besetzten Gebieten zur Last gelegten Verbrechen so sorgfältig verzeichnet worden, daß ein Gerichtsverfahren auf keine allzu großen Hindernisse stoßen würde.

Internierung des Generals Kreß

Sitzungsbericht der Waffenstillstandskommission vom 15. April.

General Kreß ist, wie die Alliierten mitteilten, in Konstantinopel interniert worden. Er soll als Geisel zurückbehalten werden, weil er vor seiner diplomatischen Mission im Kaukasus ein militärisches Kommando in der Türkei innehatte. Die Nachrichten über seine Verwundung sind unrichtig. Nachrichten über den Grafen Schulenburg sind nach einer weiteren englischen Mitteilung noch nicht eingetroffen.

Der belgische Vorsitzende teilte mit, daß bis auf weiteres im Interesse der öffentlichen Gesundheit jede Umbettung von Soldatenleichen auf Privatantrag verboten worden sei. Die belgische Regierung werde später die Zusammenlegung deutscher und belgischer Einzelgräber auf besondere Militärfriedhöfe selbst in die Hand nehmen und die deutschen Friedhöfe bis zum Erlaß einer internationalen Vereinbarung pflegen.

Der Vorsitzende der alliierten Unterkommission in Wiesbaden für Rückerstattung des aus Frankreich und Belgien fortgeführten industriellen Materials war von Foch ermächtigt worden, auch über die Rückgabe von landwirtschaftlichem Material, Pferden, Vieh, Möbeln, Hausgerät und Eisenbahnmaterial zu verhandeln. Die deutsche Regierung ließ heute erklären, die deutschen Vertreter in Wiesbaden könnten nur über Materien verhandeln, über welche ein Abkommen im Waffenstillstandsvertrag getroffen worden sei. Andere Materien müßten den Friedensverhandlungen vorbehalten bleiben.

Sozialpolitische Reformen in den Nordstaaten.

V. **Kopenhagen**, 17. April (Eigene Drahtmeldung.) In der Zeit vom 25. bis 28. April wird hier eine Versammlung dänischer, norwegischer, schwedischer, finnischer und isländischer Delegierter stattfinden zwecks Untersuchung von Möglichkeiten eines Zusammenarbeitens auf sozialpolitischem Gebiet. Vorsitzender der Versammlung wird der dänische Minister Stauning sein. Zur Verhandlung kommen folgende Fragen: Begrenzung allgemeiner Arbeitszeit, Einschränkung der Nachtarbeit und der Arbeit an Feiertagen, Schutz arbeitender Kinder und Frauen, Arbeitslosenversicherung, Alters-, Krankheits- und Unfallversicherung, ferner allgemeine Arbeiterschutzgesetzgebung.

Das Friedensproblem.

Die Rede Lloyd Georges.

London, 16. April. (Reuter.)

Lloyd George begann seine Rede im Unterhaus damit, daß er zugab, daß die ganze Welt ungeduldig auf den Frieden warte. Er wies andererseits auf das Riesenhafte der Aufgabe der Delegierten hin, denen Probleme von nicht dagewesenen Schwierigkeiten und Wichtigkeit gegenüberstünden. Der Wiener Kongreß, sagte Lloyd George, habe elf Monate in Anspruch genommen und seine Probleme seien im Vergleich mit der jetzigen Konferenz unbedeutend gewesen. Er wies darauf hin, daß zehn neue Staaten entstanden seien, einige, die unabhängig, andere, die halb abhängig und einige, die möglicherweise unter Schutzherrschaft stehen würden. Ihre Grenzen müßten angedeutet, wenn nicht endgültig festgesetzt werden. Die Grenzen von vierzehn Ländern müßten neu gezogen werden, und das gebe nur eine Idee von den territorialen Schwierigkeiten.

Es seien aber auch noch andere Probleme vorhanden, die für den Frieden der Welt und für das Schicksal der Menschheit ebenso wichtig seien und von denen jedes, wenn es falsch behandelt würde, die Menschheit schwere Opfer kosten würde, zum Beispiel die wirtschaftlichen Fragen, die Fragen der internationalen Wasserwege und Eisenbahnen und die Schadenvergütungen. Lloyd George verwies auf die internationalen Vereinbarungen über Arbeiterfragen, die bisher noch nie versucht worden seien, und sprach mit den Worten wärmster Anerkennung von den Diensten, die Barnes geleistet, und von der Unterstützung, die die Arbeiterabgeordneten und die Gewerkschaftler gewährt hätten, was es ermöglicht habe, ein großes Weltschema anzunehmen. Daneben gebe es noch jenes große Experiment, an dem der ganze Frieden hänge, nämlich die Gesellschaft der Völker. Jedes einzelne dieser Probleme würde Monate in Anspruch nehmen. Ein Fehler könnte zu einem allgemeinen Kriege führen. Fast jedes Volk der Erde sei an der Beratung dieser Probleme beteiligt, und das rechtfertige die Zeit, die dafür in Anspruch genommen würde. (Beifall.) Wenn die Konferenz nicht eine Maschinerie aufbauen würde, die imstande sei, mögliche Irrtümer zu korrigieren, so wäre es unbedingt notwendig, sich mehr Zeit zu lassen. Der Völkerbund helfe also Zeit sparen. Die Konferenz müsse ihre Arbeiten abkürzen, denn sie habe, während sie versuchte aufzubauen, in vielen Ländern die Grundlagen der Gesellschaft in den Staub stürzen sehen. Keine Gemeinde von Männern arbeite anstrengender, in größerer Eintracht und unter größeren Schwierigkeiten. Lloyd George bat, daß man die Männer, die ihr Bestes geleistet hätten, in Frieden lassen oder aber andere an ihre Stelle setzen solle.

Fragen, von denen man vor dem Kriege nie gehört habe, hätten jetzt beinahe einen Konflikt zwischen zwei alliierten Staaten verursacht. Die Schwierigkeiten am Balkan hätten eine Atmosphäre von Unruhen geschaffen, aus der heraus der Krieg entstanden sei, und eines der charakteristischen Merkmale der gegenwärtigen Lage sei, daß infolge der Zerbröckelung großer Reiche Mitteleuropa balkanisiert worden sei.

Die Lage in Rußland sei eines der kompliziertesten Probleme, die jemals behandelt worden seien. Eine der Schwierigkeiten sei die, daß es kein Rußland gebe. Niemand könne behaupten, daß die Organisation, die Zentralrußland beherrsche, gleichzeitig die de facto Regierung für ganz Rußland sei. Die Konferenz habe das Schauspiel eines ausgedehnten Landes, das sich in einem chaotischen Zustande von Verwirrung und Anarchie befinde, vor sich. Es sei wie ein Vulkan, der noch heftigen Ausbrüchen unterworfen sei. Das beste, was man tun könne, sei, für die Sicherheit derjenigen zu sorgen, die auf den am weitesten entfernten und am ehesten zugänglichen Abhängen wohnten, und den zerstörenden Strom aufzuhalten, damit er nicht andere Länder versenge. Von Anerkennung könne keie Rede sein, sie sei niemals vorgeschlagen und niemals in Behandlung genommen worden, da keine Regierung ganz Rußland vertrete. Außerdem habe die bolschewistische Regierung solche Verbrechen gegen Untertanen alliierter Länder begangen, daß es selbst unter anderen Umständen unmöglich wäre, sie anzuerkennen. Ueberdies greife die bolschewistische Garde in diesem Augenblick die Freunde der Alliierten in Rußland an.

Lloyd George kam sodann auf den Vorschlag einer militärischen Intervention zu sprechen und sagte, es sei ein sehr gesunder Grundsatz der auswärtigen Politik Englands, sich niemals in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einzumischen, wenn sie auch noch so schlecht regiert würden. Wie immer die Stimmung in England sein möge, die praktischen Schwierigkeiten eines großen militärischen Vorgehens in Rußland seien ungeheuer. Rußland habe wohl den Feind im Lande gesehen, sei aber niemals von einem auswärtigen Land erobert worden. Selbst wenn eine Eroberung möglich wäre, so würden doch die politischen Schwierigkeiten bestehen bleiben. Lloyd George sagte, er sei über die bolschewistischen Lehren entsetzt, aber er würde lieber Rußland den Bolschewisten überlassen, bis es selbst einsehe, was der Bolschewismus anrichte, als erleben, daß Großbritannien infolge einer kostspieligen militärischen Intervention bankerott mache. Dieses letztere wäre der sicherste Weg, um den Bolschewismus auch in Großbritannien zu verbreiten. Er sei überzeugt, daß es der größte Unsinn wäre, eine militärische Intervention in Rußland zu versuchen. Die Regierung unterstütze Koltschak und Denikin, weil sie sich auf Veranlassung der Alliierten und zum großen Teil auf ihre Kosten gegen die bolschewistische Regierung erhoben und die Deutschen daran gehindert hätten, sich aus Rußland die Hilfsmittel zu verschaffen, die es ihnen ermöglichen würden, die Blockade zu durchbrechen.

Wenn wir diese Männer den Bolschewisten gegenüber im Stich gelassen hätten, so wäre das eine Tat gewesen, die jedes großen Landes unwürdig gewesen wäre. (Lebhafter Beifall.) Die beiden haben nur verlangt mit Waffen versorgt zu werden. Er betrachte das keineswegs als ein Abweichen von der grundsätzlichen Politik Großbritanniens. Die englische Politik sei, ein gewaltsames Uebergreifen des Bolschewismus auf die alliierten Länder zu verhüten. Deshalb organisiere England alle Hilfskräfte in den alliierten Ländern und in den benachbarten Gebieten von der Ostsee bis an das Schwarze Meer. Wenn der Bolschewismus eines der alliierten Länder angreifen würde, so wäre es die Pflicht Englands, es zu verteidigen. Die Politik Englands sei, die einander bekämpfenden Parteien in Rußland dazu zu bewegen, die Errichtung einer